

Forschungsvorhaben der wissenschaftlichen Nachwuchsforschungsgruppe zum Thema

"Europa von außen gesehen"

Im Rahmen der Förderinitiative "Freiraum für die Geisteswissenschaften"
des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

Asian Perceptions of the European Union

**“Nehmen asiatische Eliten die Europäische Union als Zivilmacht wahr?
Die Volksrepublik China und Indien im Vergleich”**

Kontakt:

Dr. May-Britt U. Stumbaum
Leiterin NFG „Asian Perceptions of the EU“
Freie Universität Berlin

I. Ziele

1.1 Gesamtziel des Vorhabens

Die Nachwuchsforschungsgruppe „Europa von außen – Indien und China im Vergleich“ will die Wahrnehmung der Europäischen Union (EU) als Zivilmacht durch außenpolitische Eliten in asiatischen Ländern, insbesondere in den strategischen EU-Partnerländern China und Indien, untersuchen. Chinesische und indische Debatten zur sicherheitspolitischen Rolle der Europäischen Union (EU) zeigen, dass sich die eurozentristisch geprägte Zivilmächts-Debatte stark von der Wahrnehmung der EU in diesen Ländern unterscheidet. Die von der EU „gesendeten“ Werte und Normen werden bei den „Empfängern“ zumeist verzerrt, wenn überhaupt, wahrgenommen. Der Transfer- und „Übersetzungs-“ Prozess wird dabei von kulturellen und historisch bedingten Faktoren, aber auch durch die sicherheitspolitische Prägung der Entscheider beeinflusst. Ideen werden angenommen, abgewehrt, zum Teil adaptiert oder umgedeutet. Der Diffusions- und Transferprozess von Normen und Werten verläuft dabei nicht nur in eine Richtung: So liegt z.B. die Motivation zur Teilnahme an gemeinsamen Friedensmissionen oder an internationalen Initiativen zur Non-Proliferation - Kerninstrumente eines Zivilmachtansatzes - bei genauerer Analyse in einer sehr pragmatischen Interessensverfolgung begründet, die von europäischen Vorstellungen einer „Global Governance“ differiert. Unterschiedliche Konnotationen von Multilateralismus – in China teilweise als „Konzert der Großmächte plus Institutionen“, in Indien von manchen als System souveräner Staaten ohne Hegemon zur punktuellen Abstimmung von Politik verstanden¹ – stellen im Zuge des internationalen Bedeutungszuwachses dieser Länder zunehmend das europäische Verständnis von effektivem Multilateralismus in Frage. Aktuelle Diskussionen in Europa u.a. über die Erfolge chinesischer Politik zeigen, dass Europa in der Auseinandersetzung mit nicht-europäischen Ländern ebenso durch deren Werte, Normen und Politikkonzepte beeinflusst wird. Aufbauend auf neue Ansätze aus der sozial- und geisteswissenschaftlichen Diffusions- und Transferforschung will die Nachwuchsforschungsgruppe daher Einflussfaktoren auf die Wahrnehmung außenpolitischer Eliten in China und Indien im Bezug auf die Politik der Zivilmacht EU identifizieren und bewerten. Die Forschungsarbeit ist dabei geprägt von einem ständigen Austausch innerhalb der interdisziplinären Forschungsgruppe, mit anderen Forschungsverbänden, mit Vertretern aus der Praxis und im Sinne von „Forschen mit, nicht forschen über“ insbesondere mit Wissenschaftlern aus den Zielländern – durch ein „Fellows in Residence“ Programm, Feldstudien vor Ort und dem Aufbau eines webbasierten Kommunikations- und Wissensportals („Networked Think Tank“). Die Forschungsergebnisse werden sowohl dem Fachpublikum als auch der interessierten Öffentlichkeit in entsprechenden Formaten zugänglich gemacht. In Zusammenarbeit mit Forschungsinstituten der KFG werden aus den Forschungsergebnissen konkrete Politikempfehlungen für eine erfolgreiche EU-Politik in einer multipolaren Welt entwickelt werden.

1.2 Bezug des Vorhabens zu den förderpolitischen Zielen des Programms „Europa von Außen gesehen“ innerhalb der BMBF-Förderinitiative "Freiraum für die Geisteswissenschaften"

Die Nachwuchsforschungsgruppe (NFG) ermöglicht durch ihre Arbeit, die bisher dominierende eurozentristische Sichtweise durch eine „Perspektive von Außen“ zu ergänzen. Sie setzt sich mit der Fragestellung auseinander, welchen Einfluss kulturelle, gesellschaftliche, politische oder historische Faktoren und Prozesse auf die Entwicklung der Wahrnehmung nicht-europäischer, außenpolitischer Eliten in Indien und China von der EU als Zivilmacht und den entsprechenden Politikkonzepten ausüben. Die NFG stellt damit die „Empfänger“ europäischer Politik in den Mittelpunkt der Analyse. Die Operationalisierung des Forschungskonzepts fördert die Weiterentwicklung disziplinübergreifender Ansätze sowie die Internationalisierung europäischer Forschung durch die

¹ Stumbaum, 2007; Zhang, 2004; Zhu, L. 2008; Chen, 2004; Wei, 2004 und 2007; Zhang, M. 2008; Interview mit Prof. Wei, China Foreign Affairs University, Prof. Salva Baba, JNU, sowie mit weiteren chinesischen und indischen Wissenschaftlern und Diplomaten.

Etablierung eines ständigen Austausches mit den Zielländern, relevanten Ländern aus der Region und dem wissenschaftlichen Diskurs in den USA. Darüber hinaus ermöglicht die NFG ihren Mitgliedern, sich in einem innovativen Forschungsfeld, mit dem Sammeln internationaler Erfahrung und mit exzellenter Beratung durch den Beirat für eine herausragende akademische Karriere zu qualifizieren und neue Impulse für die Forschung in und zu Europa zu schaffen. Daher unterstützt die Forschungsgruppe in großem Umfang die Ziele des Förderprogramms „Europa von Außen“.

1.3 Wissenschaftliche Arbeitsziele des Vorhabens

Forschungsgegenstand für die Nachwuchsforschungsgruppe ist der Prozess der Diffusion und des Transfers von Normen und Werten durch die EU als Zivilmacht („Sender“, unabhängige Variable) in die Zielländer Indien und China und der Unterschied in der Wahrnehmung dieser Normen, Werte und des Senders (EU) durch außenpolitischer Eliten in diesen Ländern (abhängige Variable). Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Identifikation und Bewertung von Einflussfaktoren und Mikroprozessen (Intervenierende Variablen) innerhalb dieses Vorgangs. Unter einer sozialkonstruktivistischen Basis sollen diese kulturellen, politischen und historischen Faktoren und Mikroprozesse mit Hilfe neuerer Ansätze aus der Diffusions- und Transferforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften (Osterhammel, 2003; Werner und Zimmermann, 2002; Espange, 1994; Conrad und Randeria, 2002; Bhabha, 2004; Bachmann-Medick 2007; Burke/Hsia 2007; Cutter 2005; Hermans 2003; Checkel, 2005; Börzel und Risse, 2007; Risse 2010) analysiert werden. Prägend für das Forschungskonzept ist ein Kreislauf aus ständigen Austausch, Reflexion und Adaption des Forschungsdesigns in Kooperation mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen, aus den Zielländern (durch ein „Fellows in Residence“-Programm und Feldforschung) und mit Praktikern im Rahmen von Round Table Formaten und eines webbasierten „Networked Think Tanks“. Die Nachwuchsforschungsgruppe trägt damit in mehrfacher Weise zur aktuellen Forschung bei: Theoretisch trägt sie zur gegenwärtigen Diffusions- und Transferforschung in den Sozial- sowie Geschichts- und Kulturwissenschaften bei sowie zur Weiterentwicklung eines disziplinübergreifenden Ansatzes unter einem sozialkonstruktivistischen Paradigma, der bislang noch aussteht. Prozesse, die auf der Mikroebene Sozialisations- und Überzeugungsprozessen – Grundpfeiler sozialkonstruktivistischer Ansätze - konstituieren, sind bislang kaum untersucht worden (Johnston, 2008). Empirisch leistet die NFG einen Beitrag zur europäischen Außen- und Sicherheitspolitikforschung, die bisher vor allem Europa „von innen heraus“ zu erklären sucht, sowie zur Weiterentwicklung von Methoden durch das Verwenden neuer Operationalisierungsmethoden im Rahmen eines „Networked Think Tanks“, der neue Erkenntnisse des Wissensmanagements (Nonaka und Takeuchi, 1995; Tapscott und Williams, 2006) in die Umsetzung der Forschungsfrage einbezieht. Im Bestreben, Grundlagenwissen in Handlungswissen zu übersetzen, schlägt die NFG eine Brücke zwischen Theorie und Praxis: In Kooperation mit Think Tanks des Forschungsverbunds Berlin-Brandenburg der Exzellenzinitiative sollen aus den Forschungsergebnisse konkrete Politikempfehlungen abgeleitet werden.

II. Stand der Wissenschaft: Einordnung in den Stand der Forschung

Die Politik der Europäischen Union gegenüber ihren strategischen Partnern China und Indien fußt auf dem Gedanken der Diffusion von europäischen Werten und Paradigmen durch soziale Aktion, d.h. durch zunehmende Interaktion und Einbeziehung „des Anderen“ („concept of engagement“) soll mit Mechanismen der Sozialisierung (socialization) und Überzeugung (persuasion) der „Anderen“ zu einer Annahme der eigenen Wertvorstellung gebracht werden (Johnston, 2007; Checkel, 2005) Während sich die Forschung bislang auf die Definition und Eigenschaften europäischer Politik und dem Senden von Ideen konzentriert hat (Galtung, 1973; Buchan 1993; Manners, 2002; Thomas et al, 1987; Meyer et al, 1997; Simmons et al., 2008; Holzinger et al, 2007), gibt es nur wenige Studien zu außereuropäischen, vor allem asiatischen Rezipienten europäischer Politik (Chaban/Holland,

2007:39; Li, 2009; Lisbonne-de Vergeron, 2007; Chaban/Holland, 2008). Deren Forschungsergebnisse zur Wahrnehmung der EU haben kaum Eingang in die Debatte zur Identität der EU als Zivilmacht gefunden. Nicht systematisch untersucht wurde bisher, was die Wahrnehmung dieser Eliten beeinflusst hat und wodurch der Unterschied in der Eigen- und der Fremdwahrnehmung der Europäischen Union als Zivilmacht erklärt werden könnte. Die Nachwuchsforschungsgruppe will in ihrer Arbeit diese Innen- und Außenwahrnehmung zusammenbringen und theoriegeleitet Erklärungsansätze für die Wahrnehmungsunterschiede finden. Der theoretische Ansatz der Nachwuchsforschungsgruppe zielt auf die Identifikation, Spezifikation und Bewertung der Faktoren und Prozesse, welche die Wahrnehmung der Rezipienten der EU Politik – asiatische Eliten, insbesondere in China und Indien – beeinflussen können. Mit einem konstruktivistisch geprägten Ansatz soll damit eine Vergleichsstudie zu China und Indien durchgeführt werden, welche die in sozial- und geisteswissenschaftlichen Ansätzen unterschiedlich identifizierten Faktoren und Prozesse spezifiziert, die Ergebnisse vergleicht und in einem interdisziplinären Ansatz zusammenführt.

Der konstruktivistische Forschungsansatz der Nachwuchsforschungsgruppe baut auf dem aktuellen Stand der sozial- und geisteswissenschaftlichen Forschung auf. Die NFG bezieht sich dabei einerseits auf die politikwissenschaftliche Debatte zur Analyse der EU-Außenpolitik, der EU als Zivil- bzw. normative Macht und der Diffusion europäischer Werte. Hier steht die EU als „Sender“ im Vordergrund. Andererseits wird sie systematisch die Analyse von Transferprozessen in den „Empfänger“-Ländern in den Blick nehmen und sich damit auf die mit Transfer und Übersetzung verbundenen Aneignungs-, Abwehr- und Adaptionsprozesse konzentrieren..

2.1 EU Außenbeziehungen und die Diffusion europäischer Wertvorstellungen

Die politikwissenschaftliche Debatte zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik ist geprägt von einer eurozentristischen Herangehensweise und hat sich seit Hills „capability-expectation gap“ (Hill 1993) vor allem auf die Definition der Eigenschaften der EU als Akteur und der Europäischen Außenpolitik konzentriert (Sjursen 2006b: 169). Politik ist in diesem Zusammenhang einerseits als Leistung („output“) definiert, also ein Verhaltenskonzept mit objektivistischen Konnotationen, andererseits als Handlung („action“), also als zielgerichtetes Verhalten, das sich auf eine hauptsächlich interpretierende Epistemologie stützt (Ginsberg, 2001; White, 2003; Krahnmann, 2002; Smith, H. 2002; Smith, K. 2003, Smith, M. 2004). Dementsprechend reicht die Konzeptualisierung der EU als Akteur von der „werdenden Supermacht“ (superpower in the making, see Galtung, 1973; Buchan, 1993), „internationaler Präsenz“ (international presence) respektive einer „internationalen Identität“ (international identity; Allen & Smith, 1990; Whitman, 1998), „Venus“ (Kagan 2003) über den Begriff der „Normativen Macht Europa“ (normative power Europe; Manners 2002), eines „postmodernen Staates“ (Cooper 2000) bis hin zur „Zivilmacht“ (civilian power, Duchêne, 1972; Bull, 1983; Hill, 1990; Smith, 1998; Maull, 1990).“

Kern einer Zivilmacht ist die Bevorzugung von politischen und wirtschaftlichen über militärischen Mittel, um definierte Interessen zu verfolgen. Erst durch den nun möglichen Zugriff auf das ganze Spektrum an politischen Instrumenten, inklusive militärischer – obgleich (noch) eingeschränkter – Mittel, sucht die Europäische Union, eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen voranzutreiben (Börzel und Risse, 2007; Sjursen 2006a: 249). Diese außenpolitische Identität einer Zivilmacht wird dabei an sechs Merkmalen festgemacht (Maull 1990, Maull 2001: 124-126, 2001a, 2002; Kirste and Maull 1996; Harnisch and Maull 2001, 2001b: 4; Börzel und Risse 2007, 5):

1. das Bestreben, die Anwendung von Gewalt durch kooperative und kollektive Sicherheitsabkommen einzuschränken
2. die Bemühungen, die Rechtsstaatlichkeit durch multilaterale Kooperation, Integration und einer teilweisen Übertragung von Souveränität zu stärken;
3. die Förderung von Demokratie und Menschenrechten, innerhalb und zwischen Staaten;
4. die Förderung von nicht-gewalttätigen Formen der Konfliktbearbeitung und Konfliktlösung;

5. die Förderung sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung;
6. die Förderung von Interdependenz und Arbeitsteilung.

Die Umsetzung dieses (europäischen) Paradigmas wird durch institutionalisierte Verhandlungs- und Überzeugungsprozesse mit anderen Akteuren (z.B. durch politischen Dialog und Kooperation) verfolgt (cf. Youngs 2001)². Die Einbeziehung (Engagement) auch und gerade aufstrebenden Mächte, bei denen sich ein „harter“ Politikansatz der Drohung und (negativen) Konditionalität als weitgehend wirkungslos erweist, soll diese im Sinne der bereits bestehenden, europäisch geprägten internationalen Institutionen sozialisieren. Entsprechend des konstruktivistischen Paradigmas gleicht sich das Verhalten der Akteure im Laufe der sozialen Interaktion aneinander an, da die gemeinsame Sozialisation sich als endogener Einfluss auf die normative Charakteristik und Identität der Akteure auswirkt (Wendt 1994: 384). Johnston identifiziert innerhalb dieser kausalen Verbindung von normativen Strukturen auf der internationalen Ebene und dem formenden Einfluss dieser Normen auf das Verhalten der Akteure auf der Arbeitsebene drei Mikroprozesse: Mimikry (mimicking), Überzeugung (persuasion) und sozialer Einfluss (social influence) (Johnston 2008).

Auch in der Diffusionsforschung zur Externalisierung europäischer Werte werden als soziale Mechanismen Sozialisation (March and Olsen 1989, 1998, Finnemore and Sikkink 1998, Checkel 2005; Johnston 2007), Überzeugung (Finnemore 1996; Checkel 2001; Keck and Sikkink 1998; Haas 1992) sowie Emulation (u.a. Rose 1991; Tews 2002; Jakobi and Martens 2007, Börzel 2007) untersucht. Die Kollegforschergruppe (KFG) „The Transformative Power of Europe“ beschäftigt sich insbesondere mit der Identifikation von Rahmenbedingungen und gegenseitigen Auswirkungen der verschiedenen Kausalmechanismen, mit denen diese Ideen durch Raum und Zeit verbreitet werden (für einen Überblick: Simmons, Dobbin, and Garrett 2006; Holzinger, Jörgens, and Knill 2007; Strang and Soule 1998).

Dieser Diffusionsforschung liegt aber nach wie vor die Annahme zu Grunde, dass die Europäische Union „sendet“ und die andere Seite „empfängt“, ohne den historischen und sozialen Kontext, in dem der Empfänger die Werte und Paradigmen und den Sender wahrnimmt, in die Analyse mit einzubeziehen. Sie übersieht dabei erstens, dass Diffusion selten zu Konvergenz führt, sondern mit vielfältigen Aneignungs- und Abwehrprozessen verbunden ist, und zweitens, dass es zu einer wechselseitigen Beeinflussung von „Sendern“ und „Empfängern“ kommt. Die Problematik einer Verzerrung / Veränderung während des Transfers zeigt sich beim Zivilmächtskonzept: In chinesischen Debatten wurde das Konzept der Zivilmacht bzw. der normativen Macht zwischen Wissenschaftlern diskutiert; das Konzept wird jedoch eher als pazifistisch oder im Sinne Joseph Nye's als „Soft Power“ und daher als generell unrealistisch, idealtypisch wahrgenommen bzw. als Konzept dargestellt, dass aus der Position der politischen und militärischen Schwäche der EU resultiert (Nye, 1994; Zhu, L. 2008; Chen, 2004; Wei, 2004 und 2007; Zhang, M., 2008). Auch in Indien wird die EU als generell nicht sehr einflussreich oder effektiv in internationalen Beziehungen gesehen. Das Konzept der Verbreitung von Normen wird zwar anerkannt, aber als inadäquat für die Interessensverfolgung indischer Außenpolitik „zwischen Pakistan und den USA“ wahrgenommen.³ Diese Diskussion in den Zielländern spiegelt die westliche Debatte wider, ob eine Zivilmacht bei dem Bestreben, eine „Zivilisierung“ der internationalen Beziehungen zu fördern, grundsätzlich oder nur bevorzugt auf die Anwendung von Gewalt verzichtet (Bull 1982, Duchêne 1972; Harnisch and Maull 2001b, 3; Börzel und Risse, 2007: 4; vergleiche auch die chinesische Diskussion, die das Zivilmächtskonzept als „EU ohne militärische Macht“ versteht (s.u.). Generell findet sich außerhalb der westlichen Hemisphäre eine wachsende Anzahl an Publikationen zur EU von chinesischen und indischen Wissenschaftlern: Die Mehrzahl dieser Publikationen beschäftigt sich bisher mit handels- und marktwirtschaftlichen Fragen (u.a. Zhu, 2007; Yuan, 2007), institutionellen Fragen inklusive dem Demokratiedefizit der EU

² Im Gegensatz zur Definition dieser Begriffe als typisch europäisch argumentieren Gleditsch und Ward, dass Menschenrechte, Demokratie, Marktwirtschaft und Multilateralismus ebenso als Teil einer weltweiten Diffusion einer erweiterten internationalen Ordnung gesehen werden, können die von westlichen Ländern und Internationalen Organisationen vorangetrieben wird (Gleditsch and Ward 2006; Epstein 2008).

³ Interviews mit indischen Think Tankern aus dem sicherheitspolitischen Bereich und indischen Diplomaten.

(Wang, 2003; Zhang und Zuang, 2005; SIES, 2008; Sachdeva, 2007; Kavalski, 2008; Artikel im Journal of European Studies, Institute for European Studies, Chinese Academy of Social Science, Beijing; Contemporary International Relations des China Institute for Contemporary International Relations (CICIR); European Survey, Shanghai Institute of European Studies, Working Papers des Center for European Studies, Jawaharlal Nehru University⁴). Bislang finden diese Publikationen kaum Eingang in den eurozentristisch geprägten Diskurs, obwohl sie einen ersten Einblick gegeben können, wie die von der EU gesendeten Werte auf der Empfängerseite verstanden werden.

Hier setzt das Untersuchungsinteresse der Nachwuchsgruppe an: Offensichtlich kommen die Bemühungen der Europäischen Union nicht oder verzerrt beim beabsichtigten Empfänger an. Diese Wahrnehmungsunterschiede lassen sich nur erklären, wenn neben der Sender- auch die Empfängerperspektive in den Blick genommen wird – was geschieht während des Transfers? Auf welchen Resonanzboden treffen diese Werte? Wie werden diese Werte „übersetzt“?

2.2 EU Werte-Transfer und kulturelle Übersetzungsprozesse

Die neuere geschichtswissenschaftliche Forschung zu Transferprozessen und ihre Betonung historischer, räumlicher und kultureller Kontexte bietet für die Nachwuchsforschungsgruppe einen idealen Ansatz, um die Wahrnehmung der asiatischen Eliten – also die Wahrnehmung Einzelner in außereuropäischen, postkolonialen Ländern und die damit verbundenen Faktoren und Prozesse – in den Blick zu nehmen und zu analysieren: Ideen verbreiten sich nicht nur durch Zeit und Raum (oder werden in diesem Fall von der Europäischen Union gesendet), sondern sie treffen auf spezifische historische und soziale Kontexte in denen sie adaptiert und transformiert werden (Westney 1987; Djelic 2007; Paulmann 2004; Grazia 2005; Werner und Zimmermann 2002). In Konsequenz zur kulturellen und räumlichen Wende (cultural and spatial turn) betonen Historiker die zentrale Stellung von Kultur und Raum (Frevort 2005; Frevort/Haupt 2005; Gienow-Hecht/Schumacher 2004; Hogan/Peterson 2004). Kultureller Transfer findet demnach in einem dritten Raum (third space) – dem Raum zwischen den territorialen Begrenzungen der Nationalstaaten – statt und wirkt sich sowohl auf die Empfängerkultur, als auch auf die Senderkultur aus. Aus dieser Erkenntnis entwickelte sich das epistemologische Prinzip einer kulturell bewussten Hermeneutik (Bhabha 2004; Cook 2000; Erfurt 2005; Espange 2000). Das von Werner und Zimmermann entwickelte Konzept der „Histoire Croisée“ folgt diesem Gedanken und bezieht die Verflechtungen der Position des Betrachters, die Perspektive und das Forschungsobjekt mit in die Untersuchung ein. Nach Werner und Zimmermann muss jede transnationale Studie ihr Forschungsobjekt von verschiedenen Perspektiven, unter der Hinzunahme verschiedener Referenzsysteme, Sprachen und konzeptueller Traditionen, untersuchen. Diese Konstruktion multipler Perspektiven innerhalb eines Forschungsdesigns ermöglicht eine ständige (Selbst)Reflexion und Überprüfung und Anpassung der gewählten Kriterien; diese Abweichungen und Veränderungen werden mit der Position des Betrachters verbunden im Sinne einer doppelten Reflektivität. Damit wird nicht nur das Forschungsobjekt, sondern auch der Prozess der Wissensgeneration historisiert (Werner und Zimmermann, 2002, 2006).

Den Anstoß zur Debatte gab die Forderung Espagnes nach einem stärkeren Fokus historischer Forschung auf interkulturelle Transferprozesse (transfers culturels) und die Erfahrungen der beteiligten Menschen, um sich von klassischen, konstruierten Einheiten wie Staat und Zivilisation zu lösen und das Augenmerk auf kulturellen Veränderungen, die im Zuge der Übertragung von Konzepten, Normen, Bildern und Repräsentation von einer Kultur auf die andere stattfinden, zu lenken (Espagne 1994). Jürgen Osterhammel erweiterte 2003 die Liste der Untersuchungsobjekte von kulturellen auf politische, soziale und wirtschaftliche Übertragungsprozesse und hob besonders das Potenzial der Transferforschung für die Untersuchung außereuropäischer Gesellschaften hervor

⁴ Neben der JNU gibt es außerdem noch European Studies Centren mit entsprechenden Veröffentlichungen am Department of Political Science der Mangalore University, an der School of Social Sciences der Indira Gandhi National Open University, an der Pondicherry University, an der School of International Relations and Strategic Studies, Jadavpur University, am Department of Political Science der University of Hyderabad sowie am Department of Modern European Languages, Faculty of Arts der University of Rajasthan.

(Osterhammel, 2003). Eine wachsende Zahl vor allem jüngerer kulturhistorisch arbeitender Wissenschaftler geht sogar über diese Konzepte hinaus (Paulmann, 1998; Kaelble und Schriewer, 2003); insbesondere das Konzept der „entangled history“ rückt die durch direkte und indirekte Transfers entstandenen Verflechtungen zwischen weit voneinander entfernt liegenden Regionen und Ländern in das Zentrum der Untersuchung und betont die Reziprozität von Transferprozessen, z.B. zwischen Kolonialmächten und Kolonien, die einen Perspektivwechsel weg von Europa erfordern (Conrad und Randeria 2002). Auch die neueste Forschung in den Kulturwissenschaften zur Translokation (translocation), ursprünglich aus dem Bereich der Molekulargenetik, geht in diese Richtung der Zwei-Wege-Prozesse und beschreibt Abläufe, in denen Teile eines Konzepts, Politikparadigmen, oder eine Sammlung an Ideen von einem Ort (location) zu einem anderen transplantiert werden. Im Resultat verändern sich sowohl die Ausgangsversion dieser Ideen als auch der „neue Ort“ für diese Ideen (Evans und Chilton 2009).

Diese Transferforschung wirft Licht auf die Notwendigkeit einer Kontextualisierung von Ideen und Werten, d.h. einer „Übersetzung“ von einem historischen Zeitpunkt und kulturellen Umfeld in den entsprechenden Kontext des Ziellandes. Diese Übersetzungsprozesse können Aneignung, Abwehr und Neu-Interpretationen beinhalten und durch generations- (time) sowie kulturelle (space) Unterschiede beeinflusst werden (Randeria 1999; Randeria / Conrad 2002; Werner/Zimmermann 2002). Die durch den „cultural turn“ in den Geistes- und Sozialwissenschaften und die Kritik durch die postkoloniale Studien (postcolonial studies) ausgelöste Erweiterung des Übersetzungsbegriffs von der reinen Übersetzung von Text und Sprache zu einer Übersetzung von Kultur und Konzepten (u.a. Bachmann-Medick 1997, 2004, 2006, 2007; Burke/Hsia 2007; Cutter 2005; Hermans 2003) eröffnet eine Austauschplattform zwischen sozial-, geistes- und rechtswissenschaftlichen Studien über die zugrunde liegenden Mechanismen und Prinzipien von Transfer- und Diffusionsprozessen und eventueller Konflikte in Aneignung und Abwehr.

Das theoretische Ziel der Nachwuchsgruppe ist es, die sozialwissenschaftlich geprägte Diffusionsforschung mit der geistes- und kulturwissenschaftlich geprägten Transfer- und Übersetzungsforschung ins Gespräch zu bringen. Dabei werden insbesondere die Aneignungs- und Abwehrprozesse untersucht, die das Selbstbild der EU als Zivilmacht in den unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten Chinas und Indiens auslöst.

III. Ausführliche Beschreibung des Arbeitsplans: Forschungsfragestellung und –konzept für 4 Jahre

Die zunehmende Mitwirkung Chinas und Indiens an multilateralen Ansätzen und Operationen könnte als ein Erfolg der EU als Zivilmacht und der europäischen Politik der Einbeziehung (policy of engagement) gewertet werden. Gleichzeitig nehmen viele Vertreter der Eliten in Asien, vor allem in diesen beiden Ländern, die Europäische Union nicht als Zivilmacht wahr und interpretieren die von der EU propagierten Werte und Politikkonzepte entweder anders als in der europäischen Konnotation, oder als unrealistisch oder sogar als „Heuchlerei“ (cf. Godement und Fox, 2009: 3). Welche Faktoren und Prozesse beeinflussen die Wahrnehmung der EU und die Interpretation der von der EU als Zivilmacht propagierten Ideen und Werte durch diese Eliten?

3.1 Empirisches Puzzle

China und Indien operieren beide in einem realpolitischen Umfeld, das durch einen hohen Grad an Unsicherheit und Instabilität (Afghanistan, Taiwan Strasse, Nordkorea), wenig regionale Integration und die Perzeption aktueller Bedrohung durch andere Staaten (Pakistan, die USA) gekennzeichnet ist. Im Kontext der Dekolonisation postulierten beide Staaten 1954 die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz (im indischen Panchsheel, im chinesischen wu xiang yuanze de heping gongchu,

五项原则的和平共处 genannt),⁵ als Basis für die Außenpolitik der nun unabhängigen Staaten. Auch im Rahmen der Neudefinierung des außenpolitischen Handlungsrahmens nach dem Ende des Kalten Krieges blieben in beiden Ländern die Forderung nach Souveränität und Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates zentraler Bestandteil der außenpolitischen Doktrinen (Sharma, 1961; Barnett, 1985; Ghoble, 1990; Misra, 1977; Yadav und Dhanda, 2009; Shirk, 2007; Gill, 2007; Johnston, 2008; Sutter, 2010; Jha, 2010). Seit den 1990er Jahren arbeiten China und Indien hingegen zunehmend in kooperativen Sicherheitsinstitutionen wie den Vereinten Nationen mit, China hat seine Blockadepolitik im UN Sicherheitsrat verändert, und beide Nationen partizipieren aktiv an internationalen Friedensmissionen und der Umsetzung internationaler Regime wie im Bereich der Nonproliferation (Johnston, 2008; Chen and Gill, 2009; Bullion, 1997). Das ist insbesondere im Falle Chinas verwunderlich, da chinesische Entscheidungsträger ideologisch in einer stark machtpolitisch geprägten Realpolitikstrategie sozialisiert worden sind und sich einem potentiellen Konflikt mit der Supermacht USA gegenüber sehen. Von einem realistischen Paradigma ausgehend, offeriert die Teilnahme Chinas an internationalen Abkommen und Institutionen keine Verbesserung ihrer relativen Macht, eher im Gegenteil (Johnston, 2003, 2008). Indien, das über keinen ständigen Sitz im Sicherheitsrat verfügt und damit von wichtigen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen ist, hat noch weniger Anreize einer Partizipation. Die Teilnahme an internationalen Missionen widerspricht auch den indischen Panchsheel der Nichteinmischung und gegenseitige Achtung der nationalen Souveränität. Dennoch lässt sich bei beiden Nationen eine Hinwendung zu multilateralen Institutionen beobachten: Die VR China hat ihre Blockadepolitik im UN Sicherheitsrat seit den 1990er Jahren in eine aktive Teilnahme verändert, Indien ist mittlerweile der drittgrößte Truppensteller. Beide Länder bekennen sich offiziell und in gemeinsamen Erklärungen mit der EU zur Förderung des Multilateralismus; beide Nationen nehmen seit Anfang der 2000er Jahre zunehmend an der operativen Umsetzung von kooperativen und kollektiven Sicherheitsabkommen wie der UN Resolution 1540 zur Bekämpfung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie an internationalen Friedensmissionen teil.

Auf den ersten Blick könnten diese Veränderungen teilweise als Erfolg der europäischen Politik der Integration und Einbeziehung (policy of engagement) gegenüber diesen beiden Staaten gewertet werden. Während macht- und interessenbasierte Theorien der Internationalen Beziehungen davon ausgehen würden, dass Realpolitik-geprägte Akteure, die unter diesen Bedingungen der Anarchie und Unsicherheit operieren, ihren Fokus auf den Erhalt und die Verbesserung ihrer relativen militärischen Macht legen (Waltz, 2000; Powell, 1994; Taliaferro, 2000), fokussieren sich sozialkonstruktivistische Ansätze auf Sozialisationsprozesse. Das Verhalten von Akteuren verändert sich aufgrund von endogenen Verschiebungen in den normativen Eigenschaften und Identitäten der Akteure; eine Veränderung dieser Akteure in Richtung der vorherrschenden Werte in einer Institution hat daher wenig mit exogenen Einschränkungen zu tun, sondern gründet auf der Erfahrung der Sozialisation durch den ständigen Austausch (Wendt 1994: 384). Die Politik der Europäischen Union gegenüber ihren strategischen Partnern China und Indien fußt auf diesem Gedanken der Diffusion europäischer Werten und Paradigmen durch soziale Interaktion, d.h. durch zunehmende Interaktion und Einbeziehung „des anderen“ (concept of engagement) soll mit Mechanismen der Sozialisierung (socialization) und Überzeugung (persuasion) der „Andere“ zu einer Annahme der eigenen Wertvorstellung gebracht werden (Börzel und Risse, 2003; 2007; Lippert, 2005). Der Begriff der *Sozialisation* basiert dabei auf der Logik der Angemessenheit (Logic of appropriateness, March and Olson, 1989, 1998), die sich von strategischen und instrumentellen Verhaltensweisen insofern unterscheiden, als dass der Akteur bestrebt ist, „das Richtige zu tun“

⁵Die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz umfassen 1.) den gegenseitigen Respekt der jeweiligen territorialen Integrität und Souveränität (互相尊重主权和领土完整), gegenseitige Nicht-Aggression (互不侵犯), gegenseitige Nichteinmischung in die internen Angelegenheiten eines Staates (互不干涉内政), Gleichheit und gegenseitiger Gewinn (平等互利) und friedliche Koexistenz (和平共处) (Xinhua Net, Backgrounder: Five principles of peaceful coexistence, 2005-04-08, http://news.xinhuanet.com/english/2005-04/08/content_2803638.htm (Seite aufgerufen:18. April 2010).

anstelle die gegebenen Möglichkeiten zu maximieren bzw. zu optimieren. Durch Sozialisation lernen Akteure, neue Normen und Regeln zu internationalisieren, um ein angesehenes und akzeptiertes Mitglied der (internationalen) Gesellschaft zu werden („in good standing“, Finnemore und Sikkink 1998). Diese Sozialisierungsprozesse münden häufig in komplexe Lernprozesse innerhalb derer Akteure ihre Interessen und Identitäten neu definieren (Checkel 2005; Johnston 2007). Das Konzept der *Überzeugung* basiert auf kommunikativer Rationalität bzw. der Logik des Argumentierens. Es bezieht sich auf Situationen in denen Akteure versuchen, sich gegenseitig von den Gültigkeitsansprüchen in kausalen bzw. normativen Aussagen zu überzeugen. Der Prozess des Argumentierens erfordert das Angeben von Gründen, das Hinterfragen dieser Ansprüche, aber auch die Legitimität der ins Feld geführten Normen. Während einige Wissenschaftler die Rolle internationaler Institutionen besonders hervorheben, welche den Akteuren internationale Ideen „lehren“ (Finnemore 1996; Checkel 2001), legen andere den Schwerpunkt auf die Rolle von (trans)nationalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) als die zentralen Verbreiter von Ideen (Keck und Sikkink 1998; Haas 1992).

Das von der Europäischen Union gewählte Konzept des Engagements stellt dabei eine von mehreren Strategien gegenüber aufstrebenden Mächten dar. Dieses Konzept zielt darauf ab, diejenigen Strategieelemente einer aufstrebenden Macht durch den Einsatz kooperativer, diplomatischer Maßnahmen zu verändern, die nicht auf einen Status Quo ausgerichtet sind. Weitere Strategien betreffen das klassische Ausgleichen/Einhegen (balancing/containing), Mitziehen (bandwaggoning) und das Anpassen (accommodating; Johnston, 2008; für einen historischen Überblick: Schweller, 1999).

Wie zuvor ausgeführt, könnten die Veränderungen in der chinesischen und indischen Außenpolitik aus der Perspektive der bisherigen, eurozentristischen Forschung zur Zivilmacht Europa als ein Erfolg der europäischen Außenpolitik gegenüber diesen Ländern gewertet werden. Eine erste Analyse von Artikeln in den Zielländern zeigt aber, dass die „Empfänger“-Perspektive vom Selbstbild der EU stark abweicht: Die EU wird häufig weder als Zivilmacht wahrgenommen noch werden die von der EU propagierten Werte in der gleichen Weise diskutiert – die Termini sind gleich, die Konnotationen differieren, also genau das, was die historische und kulturwissenschaftliche Transfer- und Übersetzungsforschung erwarten würde. So wird in chinesischen Artikel Multilateralismus mit Multipolarität gleichgesetzt bzw. die europäische Zielsetzung, ein zunehmend interdependentes, verrechtlichtes Systems von letztendlich demokratischen Staaten zu schaffen, konfliktiert mit der chinesische Zielsetzung einer „Demokratisierung“ des internationalen Systems durch eine Einhegung der USA in einer zunehmend multipolaren Weltordnung (Zhang, 2004; Stumbaum, 2007). Das Prinzip der „Good Governance“ wird verstanden als ein „Konzert der Großmächte plus Institutionen“ bzw. im Bereich der Afrikapolitik wird dem Konzept der „Good Governance“ das Konzept der „Effective Governance“ entgegengesetzt – keine Konditionen, dafür eine rasche Umsetzung von Hilfsprojekten (Wissenbach und Berger, 2007, Jakobson, 2009). Das Konzept der Zivilmacht wird entweder als unrealistisch oder im Sinne Joseph Nyes als „soft power“ übersetzt (Nye, 1994; Zhu, L. 2008; Chen, 2004; Wei, 2004 und 2007; Zhang, M., 2008). Meinungsfragen bei Eliten in asiatischen Ländern, insbesondere in Indien und China zeigen, dass die Europäische Union zwar als Wirtschaftsmacht wahrgenommen wird, nicht aber als Zivilmacht, die sich um eine Zivilisierung der internationalen Ordnung *im Interesse aller* bemüht. Im Gegenteil, die EU wird kritisch gesehen als eine Institution, die vor allem mit ihrer eigenen Sicherheit und wirtschaftlichen Agenda beschäftigt ist. Das EU Model und europäische Werte wurden nicht als einflussreich gesehen. Der EU wurde für sicherheitsrelevante Fragen in der Region keine Rolle und kein Einfluss zugeschrieben. Die Perzeption der EU von Außen scheint nicht in die Debatte zur außenpolitischen Identität der Europäischen Union, die innerhalb der EU geführt wird, einzufließen (Chaban und Holland, 2007: 39; CSIS, 2009).

Woher kommt diese Abweichung der Wahrnehmung der europäischen Rolle und der propagierten Werte und Ideen? Während bisher der Fokus auf dem Sender, dem „Sozialisier“ und dem Prozess der Sozialisation als solches lag, hat die sozialkonstruktivistische Forschung gerade erst begonnen, Sozialisierungsprozesse aus Sicht des Sozialisierungsobjekts („socializee“) systematisch in den Blick zu

nehmen. Sozialkonstruktivistische Ansätze weisen erhebliche Schwächen in der Erklärung auf, wie Sozialisierung im Mikroprozess bei den Individuen, den Entscheidungsträgern im Empfängerland, genau wirkt (Johnston, 2008; Checkel, 1998; Finnemore, 1996). Bisher lag der Fokus – auch in der Governance Forschung – auf Staaten, „epistemic communities“ (Haas 1992) und „advocacy networks“ (Keck und Sikkink 1998) als Sozialisationsagenten und kulturelle Übermittler (Benz, Lütz, Schimank und Simonis 2007; Benz 2004; Schupert und Zürn 2008). Unter der Annahme, dass der Grund für veränderte Außenpolitiken in der Sozialisation der Entscheidungsträger liegt, gab es bisher kaum Austausch darüber, welche Faktoren und Prozesse auf die einzelnen Entscheidungsträger auf Seiten der „socializee“ und ihre Wahrnehmung wirken und gewirkt haben (für erste Ansätze s. Dietz, Stetter und Albert, 2006).

3.2 Forschungsansatz

Die Mechanismen der Sozialisation und Überzeugung – zentral für sozialkonstruktivistischen Ansätze – gründen auf einer sozialen Handlungstheorie, die auch ihre Resonanz in der historischen Forschung zur Diffusion von Ideen findet. In der sozialwissenschaftlichen Debatte definiert Johnston drei Mikroprozesse der Sozialisation, die ein Verhalten im Sinne des anderen bzw. der Bezugsgruppe (z.B. der internationalen Organisation) beeinflussen: Mimikry (mimicking), sozialer Einfluss (social influence) und Überzeugung (persuasion). Mimikry resultiert aus der Reaktion auf ein noch neues Umfeld, Sprache, Ausdrücke, Angewohnheiten und Verhaltensweise vorübergehend anzunehmen. Es grenzt sich ab von der rationalen Suche nach erfolgreichen Beispielen (Emulation). Sozialer Einfluss (social influence) resultiert aus der Sensibilität eines Akteurs gegenüber Statuskennzeichen, die in der gewählten Gruppe wichtig sind, und verlangt ein gemeinsames Verständnis des sozialen Wertes, den die Gruppe zumeist symbolischen Handlungen wie Schulterklopfen, öffentliche Zustimmung bzw. Abstrafung zuschreiben (im asiatischen Verständnis der Gesichtsverlust). Bei Überzeugung resultiert das gruppenkonforme Verhalten aus der Internalisierung eines fundamental neuen Verständnisses des Umfelds des Akteurs, bei dem dieser die Regeln seines Umfeldes als normal, gegeben und normativ angemessen wahrnimmt (Johnston 2008). Die Wahrscheinlichkeit erfolgreicher transnationaler Sozialisations- und Überzeugungsprozesse hängt dabei davon ab, ob normative Überzeugungen vom Einzelnen bereits in Frage gestellt worden sind (Checkel 2001; Johnston 2001; Sandholtz und Stiles 2008).

Diese Ansätze aus der Politikwissenschaft können erklären, inwieweit das veränderte Verhalten auf Nachahmung, Überzeugung oder Internationalisierung beruht. Sie geben jedoch keinen Aufschluss über den Resonanzboden auf Seiten der „socializee“, der außenpolitischen Eliten in den Empfängerländern, und damit auf die Faktoren und Prozesse, welche die Wahrnehmung der EU durch diese Eliten filtert bzw. beeinflusst. Welchen Einfluss übt die historische Erfahrung mit europäischen Kolonialmächten aus, die prägend bei der Staatsgründung von China und Indien war? Wie lassen sich Abwehr-, Aneignungs- und Neuinterpretationsprozesse von europäischen Werten bei diesen Eliten erklären? Welche Rolle spielen kulturelle Charakteristika? Eliten in China bemühen sich z.B. nach wie vor, Wege zu finden, westliche Modernisierungsmethoden zu kopieren und gleichzeitig die eigene „Chinesische Art“ beizubehalten – diese Spannung wird „Ti Yong“ (Substanz vs. Anwendung) bezeichnet (Xiang, 2001: 92; Yahuda, 2008: 18; Wang, C. 2003)⁶.

Entsprechende Ansätze finden sich in der Forschung zu Transfer und kultureller sowie konzeptioneller Übersetzung, in der geschichts- und kulturwissenschaftliche Debatte und der entsprechenden Kritik der Post-Colonial Studies (Espagne 1994; Osterhammel 2003; Haupt und Kocka, 1996; Paulmann, 1998; Kaelble und Schriewer, 2003; Conrad und Randeria, 2002; Werner und

⁶ Diese Herausforderung besteht durchgehend in Chinas Gegenwartsgeschichte; im 19. Jahrhundert drückten konfuzianische Schüler diese Spannung in dem Sprichwort aus „vom Westen lernen für praktische Zwecke, von China lernen für die Grundlagen“ (Xixue wei yong, Zhongxue wei ti) (Yahuda, 2008: 18; Wang, C. 2003)

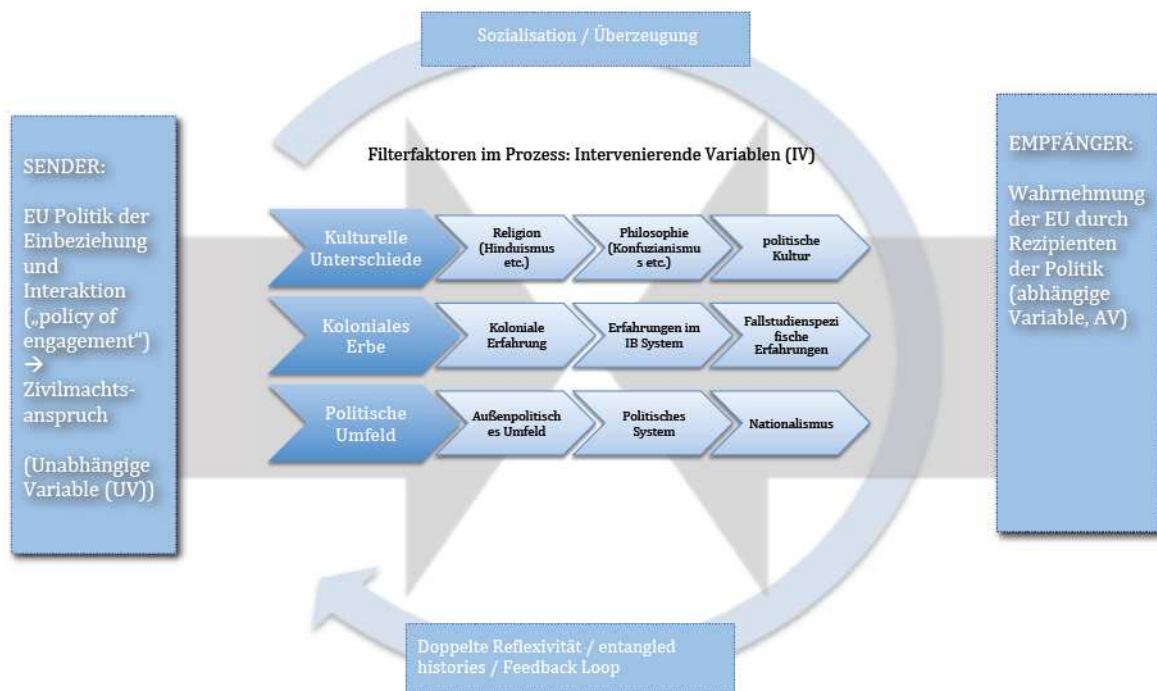
Zimmermann, 2002; Bachmann-Medick 2007). Osterhammel empfiehlt für Ferntransfers zwischen dem europäischen und asiatischen Raum die sechs Segmente, in die Muhs, Paulmann und Steinmetz den Transferprozess zerlegt haben, in den Blick zu nehmen. Diese legen den Schwerpunkt auf Einzelprozesse der Eigen-/Fremdwahrnehmung, der bewussten Auswahl an offerierten Ideen und der verschiedenen Stadien der Aneignung (Espagne, 1994; Osterhammel, 2003: 449-350; Muhs, Paulmann und Steinmetz, 1998: 18 – 20). Laut Osterhammel können die Widerstände und Abwehrprozesse gegen Transfers bei großer kultureller Distanz entsprechend stärker ausfallen; eine besondere Herausforderung bildet auch die größere semantische Inkongruenz bei Ferntransfers. Hier greift die durch den „cultural turn“ ausgelöste Erweiterung des Übersetzungsbegriffs hin zur Übersetzung von Kultur und Konzepten. Sie ermöglicht eine Sichtbarmachung der Faktoren und Prozesse, die auf die Wahrnehmung der individuellen Entscheidungsträger einwirken (Bachmann-Medick 1997, 2004, 2006, 2007; Burke/Hsia 2007; Cutter 2005; Hermans 2003).

Die größte Herausforderung in der Untersuchung wird neben der Identifikation der kulturellen Matrix des Ziellandes die ständige Vergegenwärtigung der eigenen Prägung und damit Beeinflussung der eigenen Wahrnehmung sein. Werner und Zimmermann schlagen daher in ihrer „Histoire croisée“ eine multiperspektivische Konstruktion von Fragestellungen und Problemzusammenhängen vor, die sowohl die Verflechtungsbeziehungen des Untersuchungsgegenstandes als auch die Verflechtung von Beobachterposition, Blickwinkel und Forschungsgegenstand berücksichtigt. Diese ermöglicht durch fortlaufende Reflexion, die für die Analyse gewählten Kriterien kontinuierlich zu überprüfen, sie gegebenenfalls anzupassen und im Sinne einer doppelten Reflexivität mit dem Beobachter selbst in Beziehung zu setzen: „Alle Definitionen, alle Raum- und Zeiteinteilungen erfolgen von mehreren Standpunkten aus, involvieren verschiedene Referenzsysteme, Sprachen und Begriffstraditionen“ (Werner und Zimmermann, 2002. 623). Insbesondere durch den Aufbau eines Networked Think Tank sowie der kontinuierlichen Zusammenarbeit mit Gastwissenschaftlern („Fellows in Residence“) aus den Zielländern und Partneruniversitäten in China und Indien versucht die Nachwuchsforschungsgruppe, dieser Herausforderung zu begegnen (s. Punk 3.5.3).

Die *abhängige Variable* (AV) in diesem Forschungsansatz ist damit die Wahrnehmung der EU durch außenpolitische einflussreiche Eliten in China und Indien (Empfänger). Die *unabhängige Variable* (UV) ist die Politik der EU (Sender). *Intervenierende Variablen* (IV) sind historische und kulturelle Faktoren wie z.B. die Kolonialerfahrung, die politische Kultur oder das politische System.

Schaubild 1

Filterfaktoren und Mikroprozesse innerhalb von Sozialisations- und Überzeugungsvorgängen

**3.3 Theoretische Erwartungen und Untersuchungsannahmen**

Die Eigenwahrnehmung der Europäischen Union als Zivilmacht (Sender) unterscheidet sich von der Wahrnehmung der EU durch die außenpolitischen Eliten in den Zielländern (Empfänger). Die Faktoren und Prozesse, die zu diesem Unterschied führen, sind weder identifiziert noch in ihrem Einflussmaß auf die Wahrnehmung spezifiziert. Aus dem Forschungsansatz (s. Punkt 3.2) lassen sich folgende theoretischen Erwartungen und Untersuchungsannahmen ableiten:

Aus der realistischen Theorie der Internationalen Beziehungen, wonach das Bedrohungsumfeld die Wahrnehmung der Akteure prägt, lässt sich folgende Annahme ableiten:

Annahme 1: Die realpolitische Prägung außenpolitischer Eliten und das sicherheitspolitische Umfeld führen zu einer Wahrnehmung der EU als militärisch uneinig und schwach; dementsprechend wird das Konzept der Zivilmacht und die EU als nicht weiter ernst zu nehmende Organisation wahrgenommen.

Aus dem sozialkonstruktivistischen Ansatz lässt sich die Annahme ableiten, dass ein höherer Grad der Austauschmöglichkeiten mit europäischen Werten (durch Studium in den Ländern, durch das Übernehmen von Rechtssystemen, durch vermehrte Zusammenarbeit bilateral sowie in internationalen Organisationen) zu einem höheren Resonanz für europäische Werte führen kann. Dies würde bedeuten, dass die eigene Prägung durch die westlichen Werte „überschrieben wird“. Aus einer Sozialisation in einem ähnlich geprägten politischen System lässt sich ebenfalls eine höhere Resonanz erwarten:

Annahme 2: Außenpolitische Eliten in einem demokratischen Regierungssystem zeigen im Vergleich eine höhere Resonanz für europäische Werte und nehmen die EU deshalb eher auch als Zivilmacht wahr. Dies gilt insbesondere für Eliten, die in westlichen Ländern ausgebildet worden sind.

Aus der historischen Transferforschung lässt sich die Annahme ableiten, dass die koloniale Vergangenheit auch für die heutige Wahrnehmung der EU in Asien prägend ist:

Annahme 3: Durch den Filter der kolonialen Erfahrung wird die EU nicht als ehrlicher Vermittler wahrgenommen, der eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen „im Sinne aller“ verfolgt. Das Zivilmächtsverständnis der EU wird damit entweder als heuchlerisch perzipiert oder gar als Versuch, neokoloniale Einflussnahme rhetorisch zu überhöhen.

Aus dem soziologischen Institutionalismus, aber auch aus einem essentialistisch geprägten Kulturverständnis (vgl. Huntingtons „Kampf der Zivilisationen“) ließe sich die These vom Aufeinandertreffen gegensätzlicher Kulturen ableiten:

Annahme 4: Kulturelle Einflussfaktoren führen im Sozialisationsprozess zu Mimikry und weniger zu einer Internalisierung der europäischen Werte. Auch die Teilnahme an der operativen Umsetzung von internationalen Sicherheitsabkommen (z.B. Nonproliferationsmechanismen und internationalen Friedensmissionen) spiegeln keine Aneignung europäischer Werte, sondern utilitaristische Überlegungen wider. Dementsprechend übernehmen asiatische Eliten zwar die Rhetorik der EU, wehren sich aber gegen die praktischen Konsequenzen (decoupling).

Aus der kulturwissenschaftlichen Übersetzungsforschung lassen sich unterschiedliche Aneignungs- und Abwehrprozesse in Bezug auf die Wahrnehmung der EU als Zivilmacht ableiten. Entscheidend ist hier, wie stark oder schwach europäische Wertevorstellungen mit asiatisch geprägten Kultur- und Zivilisationsvorstellungen kompatibel sind, welche „Resonanzböden“ europäische Zivilmächtsvorstellungen bei welchen Eliten auslösen und wie diese Konzepte in andere kulturelle und soziale Kontexte „übersetzt“ werden können.

Die Nachwuchsforschungsgruppe wird diese Annahmen überprüfen, die Einflussfaktoren und Prozesse identifizieren und insbesondere die Wertigkeit dieser Faktoren zueinander spezifizieren, d.h. in welchem Masse beeinflusst welcher Faktor (Intervenierende Variable) die Wahrnehmung (abhängige Variable).

3.4. Begründung der Auswahl der Zielländer und Fallstudien

Die Volksrepublik China und Indien bieten sich als Zielländer für die Untersuchung aus mehreren Gründen an: Beiden Ländern ist gemeinsam, dass die Europäische Union diesen aufstrebenden Großmächten Asiens mit einer Politik der Integration und Einbindung begegnet und sie als strategische Partnerstaaten benannt hat. Auch ähneln sie sich in der Größe der Bevölkerung und der Fläche und befinden sich in einem Umfeld, das nach wie vor durch traditionelle wie nicht-traditionelle Sicherheitskonflikte gekennzeichnet ist. Das Primat der nationalen Souveränität ist kennzeichnend für ein realistisches Umfeld, in dem der Grad regionaler Integration sehr gering und machtpolitische Aspekte im Sinne eines realistischen Paradigmas (state survival / balance of power) dominieren. Trotzdem engagieren sich beide Nuklearstaaten zunehmend in internationalen Organisationen und arbeiten mit der EU in für sie im Hinblick auf eine Zivilisierung der Internationalen Beziehungen in zentralen Bereichen zusammen, u.a. im Bereich der Non-Proliferation und in friedenserhaltenden internationalen Missionen (peacekeeping operations). In beiden Ländern spielt der Einfluss europäischer Länder als Kolonialherren im kollektiven Gedächtnis eine Rolle.

Gleichzeitig unterscheiden sich die beiden Länder in ihrem politischen System und der zugrunde liegenden (politischen) Kultur und damit den kulturellen Einflussfaktoren: Während Faktoren wie das Erbe des Konfuzianismus und Kommunismus auf der chinesischen Seite eine Rolle spielen, wirken im laizistischen Indien die verschiedenen Religionen und potentiellen Konflikte sowie Einflüsse durch die Kolonialzeit nach wie vor innen- wie außenpolitisch (im Konflikt mit Pakistan) prägend.

3.4.1 Begründung für die Auswahl von China und Indien

Oftmals als „Chindia“ diskutiert, zeichnen sich beide Länder als aufsteigende asiatische Mächte durch ihren wachsenden Einfluss in ihrer Region und auf die internationalen Beziehungen in einer zunehmend multipolaren Welt aus (Rogers, 2009; Mohan, 2008; Engardio, 2007; Sheth, 2008; Holslag, 2009). Mit wirtschaftlichen Wachstumszahlen von 8.7 respektive 6.1 Prozent rangiert die VR China mittlerweile an dritter, Indien an zwölfter Stelle im globalen Vergleich. Armut ist nach wie vor insbesondere im ländlichen Bereich weit verbreitet. In der Bevölkerungszahl ähnlich (Indien mit 1,18 Millionen, China mit 1.34 Millionen Einwohnern im März 2010) sind beide Schwellenländer Vielvölkerstaaten, wobei 92 Prozent Han Chinesen in der Volksrepublik und 72 Prozent Indoarier in Indien die Mehrheit stellen. Beide Nuklearmächte sind in immer größerem Maße auf internationaler Ebene aktiv: Indien ist der momentan drittgrößte Truppensteller für internationale Friedensmissionen, China an 14. Stelle der größte Truppensteller innerhalb der fünf ständigen Mitglieder („P5“) im UN Sicherheitsrat (Februar 2010). Beide Länder befinden sich in einem regionalen Umfeld, das durch einen geringen Grad an Integration, der Dominanz des souveränen Staates und traditionellen wie nicht-traditionellen Sicherheitsbedrohungen und unterschiedlichen politischen Systemen in Nachbarstaaten gekennzeichnet ist. Stichworte hier sind der indisch-pakistanische Kaschmirkonflikt, die Spannungen in der Taiwanstrasse, ungelöste Grenzfragen zwischen Indien und China und mögliche Bedrohungen durch Terrorismus, Sezession (in den Vielvölkerstaaten selbst) und potentiell instabile Staaten (u.a. Myanmar, Nordkorea, Afghanistan). Beide Länder benennen als Ecksteine ihrer außenpolitischen Leitmotive die Prinzipien der Nichteinmischung und nationaler Souveränität, die auch in der indisch-chinesischen Erklärung der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz niedergelegt sind. Weitere Grundsätze sind strategische Autonomie in internationalen Beziehungen, friedliche Existenz und Nachbarschaft, die Verbesserung der Beziehungen mit den Großmächten (bzw. Chinas „Wiedereintritt in den Kreis der Großmächte“) und die Teilnahme in und Beitrag zu globalen Angelegenheiten.⁷

Politik der Einbeziehung gegenüber strategischen Partnerländern

Die Europäische Union benannte beide Länder in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS, 2003) als strategische Partnerländer der EU. Die strategische Partnerschaft wurde mit China 2003 und mit Indien 2004 durch gemeinsame Erklärungen besiegelt. China ist der zweitgrößte Handelspartner der EU nach den Vereinigten Staaten, Indien der zehntgrößte. Seit Indiens Beitritt zur WTO im Jahre 1995 öffnet sich das zuvor sozialistisch geprägte Indien wirtschaftlich, seit 1978 verfolgt China seine von Deng Xiaoping initiierte Öffnungspolitik (WTO Beitritt 2002). Beziehungen bestehen mit Indien bereits seit den 1960er Jahren, mit China seit dem Besuch des damaligen EG Kommissars Christopher Soames 1975. Den rechtlichen Rahmen für die Beziehungen der EU zu Indien bildet das Kooperationsabkommen von 1994. Das Rahmenabkommen mit China wird momentan neu verhandelt; bis dahin bildet die Basis ein vierseitiges Handels- und Kooperationsabkommen von 1985 (COM, 1985, 2000, 2004, 2007a, 2007b, 2007c, 2007d, 2008).

Gegenüber beiden Ländern verfolgt die EU eine ausdrückliche Politik der Integration (policy of engagement) dieser Länder in internationale Institutionen und der Unterstützung von Reformprozessen⁸ in den Ländern selbst. Instrumente dieser Politik sind politische und sektorale

⁷ Interviews mit indischen und chinesischen Think Tank Wissenschaftlern über die gegenwärtigen Leitmotive der jeweiligen Außenpolitikformulierung.

⁸ Die Europäische Kommission nennt als explizite Ziele ihrer Politik gegenüber China die Vertiefung und Erweiterung des Dialogs mit China bilateral und in internationalen Foren, die Förderung der fortlaufenden Integration Chinas in das globale Wirtschafts- und Handelssystem und die Unterstützung der wirtschaftlichen, aber auch der sozialen und rechtstaatlichen Reformen und der Übergang Chinas in eine offene Gesellschaft. Nach einem ursprünglich starken Fokus auf Indiens wirtschaftliche Entwicklung legt die gegenwärtige Strategie der Europäischen Kommission den Schwerpunkt auf die Reform des sozialen Sektors, insbesondere dem Gesundheits- und Bildungssektor sowie auf die Förderung von ökonomischen Sektordialogen, Austauschprogrammen im Bereich von Kultur und Zivilgesellschaft sowie der Wissenschaft.

Dialoge, der Austausch von Beamten, Experten und Studierenden sowie das Bereitstellen von Entwicklungshilfe. Mit beiden Ländern hält die EU jährliche Gipfeltreffen ab, Mitarbeiter der Europäischen Kommission und des Rates arbeiten in zahlreichen Arbeitsgruppen bilateral und in internationalen Organisationen kontinuierlich mit ihren chinesischen und indischen Kollegen zusammen (Stumbaum, 2009; Fox und Godement, 2009).

Koloniale Erfahrung

Die koloniale Erfahrung im nationalen Gedächtnis spielt immer noch eine wichtige Rolle in der Wahrnehmung der EU durch Eliten im asiatischen Raum (Chaban und Holland 2007: 40). Sowohl Indien als auch China haben eine koloniale Vergangenheit mit europäischen Mächten: In Indien endete die Kolonialherrschaft durch die britische Krone 1947 nach 89 Jahren. China selbst stand nie komplett unter der Kolonialherrschaft eines anderen Landes, jedoch musste die Qing Dynastie Hongkong 1841 nach dem verlorenen ersten Opiumkrieg an die britische Krone zur Verwaltung abtreten (bis 1997). Es folgten weitere Konzessionen z.B. in Shanghai und die Abtretung Macaos an Portugal (bis 1999). Die Zeit von 1841 bis zur Gründung der Volksrepublik China 1949 wird von der kommunistischen Partei Chinas sowie von einigen chinesischen Historikern als die „hundert Jahre Erniedrigung“ mit Blick auf die europäischen Mächte bezeichnet und spielt eine wichtige Rolle im nationalen Selbstverständnis vieler Chinesen (Chang, 2001; Guo, 2004; Shirk, 2007). Interviews mit Wissenschaftlern in Indien zeigen hingegen, dass die koloniale Erfahrung im Vergleich zur Relevanz in China eine geringere Rolle in der Wahrnehmung der EU zu spielen scheint.⁹

Wertaustausch durch Studium und Forschung

Eliten in beiden Ländern kommen zudem durch Studien und Arbeitsaufenthalte in EU Mitgliedsstaaten mit europäischen Vorstellungen und europäischer Sozialisation in Berührung: Allein im Jahr 2007 besuchten 120,000 chinesische Studenten europäische Universitäten, ungefähr 20,000 in der studierten vornehmlich an britischen Hochschulen (der größte Teil indischer und chinesischer Studenten geht nach wie vor zum Auslandsstudium in die USA). Im Jahr 2009 führten China und Indien die Liste der Gewinner von außereuropäischen ERASMUS Stipendien an. Der Kontakt mit europäischen Ideen durch Studien in Europa hat eine lange Tradition: Bereits Deng Xiaoping, der Vater der chinesischen Öffnungspolitik, lebte in den 1920er Jahren als Schüler und Werkstudent in Frankreich, wo er zum ersten Mal die Schriften Karl Marx kennen lernte.¹⁰ Wie bereits Mahatma Ghandi wurde auch der indische Premierminister Manmohan Singh in Großbritannien ausgebildet und schloss im Jahre 1962 seinen Doktor der Philosophie an der Universität Oxford ab¹¹. Während für indische Eliten kontinuierlich die zumindest theoretische Möglichkeit des Auslandsstudium bestand, spricht man im Falle der Volksrepublik China davon, dass erst die Führungsmitglieder der sich jetzt im Amt befindenden „5. Generation“ die Möglichkeit hatten, eine Ausbildung im Ausland in Anspruch zu nehmen (Li, 2001, Bo, 2007). Zusätzlich hat die Europäische Kommission gezielte Programme aufgesetzt, die Wahrnehmung der EU in den Zielländern durch den Aufbau von Forschungszentren zu verbessern: In beiden Ländern hat die Europäische Kommission umfangreiche Programme zum Aufbau von EU Study Centers aufgesetzt: Momentan fördert die EU im Rahmen der Jean Monnet Center in China zwei Jean Monnet Center of Excellence, sechs Jean Monnet Chairs und drei Jean Monnet Module. In Indien unterstützt das India-EU Study Centres Programme die Bildungsziele des EU-India Joint Action Plans.¹²

Unterschiede in Kultur und politischem System

⁹ S. Fußnote 8.

¹⁰ Zhou Enlai, der erste Premierminister der VR China, hielt sich ebenfalls in den 1920er Jahren als Werkstudent in Frankreich auf und unternahm zahlreiche Reisen in andere europäische Länder (Stumbaum, 2009; Yahuda, 2008)

¹¹ Quelle: <http://www.manmohansingh.org/php/showContent.php?linkid=2>

¹² [http://www.iescp.org/;](http://www.iescp.org/)

[http://ec.europa.eu/external_relations/india/index_en.htm;](http://ec.europa.eu/external_relations/india/index_en.htm)

http://ec.europa.eu/external_relations/china/index_en.htm

Unterschiede zwischen beiden Ländern sind sowohl im politischen System als auch in der Kultur zu finden: Indien ist seit 1950 eine parlamentarisch-demokratische Republik mit bundesstaatlicher Ordnung, die dem britischen Westminster Modell nachempfunden wurde. Die Grundrechte Charter der indischen Verfassung listet sechs Grundrechte für jeden indischen Bürger – unabhängig seiner Kaste, Geschlecht, Hautfarbe usw. – auf, u.a. die Rede- und Meinungsfreiheit, die freie Wahl und Ausübung der Religion und die Kultur- und Bildungsrechte. Grundlagen für diese Grundrechte Charter bildeten u.a. der britischen Bill of Rights, die französische Grundrechteerklärung und der US-amerikanischen Bill of Rights. Die Republik Indien hat von der ehemaligen Kolonialmacht sowohl britische Rechtspraxis übernommen (Common Law) als auch z.B. den mehrstufigen Auswahlprozess für die Rekrutierung von Bürokraten (Civil Service Examination). Mahatma Gandhis Konzept *Satyagraha*, das beharrliche Festhalten an der Wahrheit, übte großen Einfluss in der Zeit der Dekolonialisierung aus, das neben *Ahimsa*, der Gewaltlosigkeit, noch weitere ethische Forderungen wie etwa *Swaraj* beinhaltet, die individuelle als auch politische Selbstkontrolle und Selbstbestimmung. Heutzutage hat dieses Prinzip allerdings seinen Einfluss auf die indische Außenpolitik verloren. Nach wie vor spielen Religion und Kastenzugehörigkeit eine wichtige Rolle (Bronger, 1996; Bronger und Wamser, 2005; Voll, 2005; Brass, 1994; Thakur, 1995; Mitra, S. K. und Singh, V. B., 1999).

Im Gegensatz dazu ist das politische System der Volksrepublik China ein autoritäres, sozialistisches Einparteiensystem, dessen Führung bei der Kommunistischen Partei (KPCh) liegt. Die jetzige Verfassung wurde am 4. Dezember 1982 angenommen und 1988, 1993, 1999, und 2004 verändert.¹³ Auch die chinesische Verfassung spricht in Art. 35 den Bürgern der VR China Rede-, Presse, Versammlungsfreiheit und die Freiheit zum Zusammenschluss, Umzügen und Demonstrationen sowie die freie Wahl und Ausübung von Religion zu. In der Realität bestehen weiterhin Verbote und Einschränkungen dieser Rechte. Zentrale Motivation der Politik der KPCh ist die Erhaltung und fortdauernde Legitimität des eigenen Machtanspruchs. Nach der Einführung von kapitalistischen Marktelementen stützt sich diese Politik vor allem auf die beiden Pfeiler Wirtschaftswachstum und Nationalismus sowie eine Rückführung Chinas in die Reihen der Großmächte (Johnston, 2008; Shirk, 2007; Gill, 2007). Vor allem „das Wahre des Gesichts“ spielt eine große Rolle in der chinesischen Kultur. Religion übt offiziell keinen großen Einfluss auf die Politik aus; Religionen wie das Christentum finden allerdings trotz Repressionen Zulauf. Die andauernden Spannungen in Tibet und in Xinjiang werden als religiös motiviert diskutiert, obgleich unterschiedliche Faktoren wie unterschiedliche Partizipation an der Modernisierung ebenso wie die nicht mögliche freie Ausübung von Religion eine Rolle spielen. Wie Indien ist die Volksrepublik durch eine sehr alte Kultur geprägt, die im Spannungsfeld mit der rasanten Modernisierung steht. Zentrale Aspekte der konfuzianisch geprägten chinesischen Kultur sind die Dominanz des Kollektivdenkens über dem Individuum, die Wahrung des Gesichts, das Streben nach Harmonie, ein starkes Hierarchie- und Leistungsbewusstsein und ein ausgeprägter Sinozentrismus.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich diese beiden Länder als ideale Untersuchungsländer für die vergleichende Fragestellung der Nachwuchsforschungsgruppe eignen: Beide Länder sind für die Politik der EU hoch relevant, weisen sowohl Erfahrungen mit europäischen Kolonialmächten, mit europäischen Wertesystemen als auch mit europäischer Politik der Integration (concept of engagement) auf, unterscheiden sich aber in ihrer Kultur und ihrem politischen System. Mit Blick auf Resonanz bzw. Anschlussfähigkeit von externen Normen und Werten an die vorherrschenden Kulturen bzw. politischen System kann hier untersucht werden, was die Wahrnehmung der Europäischen Union als Zivilmacht durch Eliten filtert bzw. beeinflusst – sind postkoloniale Erfahrungen zentral im Sinne der Prämissen der geschichts- und kulturwissenschaftlichen Transferforschung? Oder üben Faktoren wie Mimikry, Sozialisation, Überzeugung im Sinne eines

¹³ Diese Verfassung spiegelt Deng Xiaopings Wunsch wider, eine bleibende institutionelle Basis für innenpolitische Stabilität und Modernisierung zu legen: Die Verfassung bietet eine rechtliche Basis für die tiefgreifenden Veränderungen in Chinas sozialen und wirtschaftlichen Institutionen im Rahmen der Modernisierungspolitik.

sozialkonstruktivistischen Ansatzes den größten Einfluss aus? Und wie wirken sich diese Faktoren und Prozesse auf die Wahrnehmung aus? Im Bezug auf die Annahmen des Forschungsansatzes ergeben sich folgende Erwartungen:

Ist die außenpolitische Prägung entsprechend realistischer Theorien (Annahme 1) maßgebend für die Wahrnehmung, dann ist zwischen Indien und China keine Varianz zu erwarten, da sich beide in einem vergleichbaren sicherheitspolitischen Umfeld befinden, dass durch ein starkes Sicherheitsdilemma geprägt ist.

Hat der Sozialisationseinfluss durch Ausbildung und Studium in europäischen Ländern sowie z.B. Übernahme von politischen Instrumenten einen überwiegenden Einfluss (Annahme 2), so lässt sich im Falle Indiens ein besserer Resonanzboden für die europäische Politik erwarten.

Ist die Prägung durch die Kolonialerfahrung maßgeblich (Annahme 3), so lassen sich von beiden Seiten Abwehrprozesse gegenüber der EU als Zivilmacht erwarten, die allerdings bei Indien aufgrund der flächendeckenden Kolonialherrschaft stärker ausgeprägt sein sollten.

Wird der Grad von Annahme- und Abwehrprozessen in der Wahrnehmung durch kulturelle Unterschiede bestimmt (Annahme 4), so sind in beiden Fällen vergleichbare Abwehrprozesse zu erwarten.

3.4.2 Begründung für die Auswahl von Nichtverbreitung und Friedenseinsätzen

Immer prominenter genannt wurde in den letzten Jahren in den gemeinsamen Erklärungen und Abkommen zwischen der EU und China sowie Indien die Stärkung des Multilateralismus und die Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen wie dem Klimawandel und der Energiesicherheit, sowie zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Non-Proliferation und Exportkontrollen) und in internationalen Friedensmissionen. Die beiden Politikfelder Nichtverbreitung und Friedenseinsätze wurden im Hinblick auf die globalen Herausforderungen für die Europäische Union, die in der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) des Jahres 2003 (und bestätigt im Jahre 2008, siehe EUISS, 2009) aufgezählt werden, ausgewählt. Sie stammen aus Politikfeldern, die unter „Pre-Lissabon“ Vertragsbedingungen in zwei verschiedenen „Pfeilern“ der europäischen Union lokalisiert waren, den ersten, supranational geprägten, und den zweiten, intergouvernemental geprägten, Pfeiler. Das Ziel der EU, Indien sowie die VR China als „responsible stakeholder“ in ein westlich geprägtes internationales System zu integrieren, findet in diesen beiden Politikfelder sowohl im Sinne der Verrechtlichung als auch im Sinne operativer Missionen zur humanitären Intervention seinen Niederschlag.

Die Förderung eines internationalen Regimes durch die Umsetzung der UN Resolution 1540 zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen entspricht dem Zivilmächtskonzept, Konfliktpotentiale durch multilaterale Kooperation und international anerkannte und umgesetzte Regime einzudämmen. In den letzten Jahren hat die Europäische Union daher versucht, eine Klausel zur Nonproliferation in sämtliche mit Drittstaaten geschlossene Abkommen aufzunehmen. Diese Klausel konnte sie allerdings nicht durchsetzen (SIPRI, 2009; Bromley et al, 2009). Sowohl Indien als auch China haben in den letzten Jahren nationale Exportkontrollregime in Reaktion auf die UN Resolution eingeführt, China seit 2001, Indien im Jahre 2005. Beide Länder haben mit der EU gemeinsame Erklärungen zur Nonproliferation veröffentlicht, Indien im Jahre 2005 mit einem Joint Action Plan, die VR China mit der „Joint Declaration on Nonproliferation“ im Jahr 2004 (COM, 2004, 2005). Seit dem Jahr 2006 nehmen chinesische Zollbeamte an den EU OUTREACH Programmen teil, Trainingsseminare zum Thema Exportkontrolle. Eine Übernahme dieser internationalen Exportkontrollvorschriften bedeutet nicht nur eine – wenn auch begrenzte – Einsichtnahme auf „interne Angelegenheiten“ Chinas und Indiens (durch gegenseitigen Austausch), sondern auch eine

teilweise Übernahme des westlichen Paradigmas: Exportkontrolle bedeutet immer die Verweigerung der Lieferung von waffenfähigem Material an bestimmte Staaten – diese Liste der Staaten differierte allerdings zwischen westlichen Ländern und China und Indien (u.a. Chinas gute Beziehungen zu Nordkorea, die Lieferungen an Iran, s. Garver, 2006; Bajoria, 2009). Handelt es sich um hier um „social influence“ (Johnston, 2008), dem Wunsch aufgrund von Sozialisation, als „gutes Mitglied der Internationalen Gemeinde“ anzugehören? Oder um Mimikry? Manche Kritiker sprechen von einem Prozess der pragmatischen Adaption aus dem Bestreben, indische bzw. chinesische Firmen im internationalen Markt platzieren zu können (NTI, 2004; Medeiros, 2005).

Friedenserhaltende Missionen sind das Kernstück der normativ begründeten, operativen Seite der Sicherheitspolitik der Europäischen Union und vervollkommen das Instrumentarium und damit die Glaubwürdigkeit einer „Zivilmacht Europa“ (Boerzel und Risse, 2007; Sjørnsen, 2006a). Indien und China sind mit einer Truppenstärke von zur Zeit 8,757 respektive 2,136 der dritt- bzw. fünfzehntgrößte Truppensteller für UN Missionen (Dezember 2009)¹⁴. Im Rahmen der derzeit laufenden Anti-Piraterie-Einsätze im Golf von Aden, der ersten Marineoperation im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) arbeitet die EU sowohl mit der indischen als auch mit der chinesischen Marine zusammen. Auf Unterstützung der EU hat China derzeit den rotierenden Vorsitz bei den Koordinationstreffen zum Anti-Piraterie-Einsatz in Bahrein (SHADE) übernommen. Da beide Staaten auf das Prinzip der Nichteinmischung pochen, steht die zunehmende Teilnahme an internationalen Friedensmissionen in Diskrepanz zu den bisherig dominierenden Außenpolitiksdoktrinen.

Ist die Partizipation beider Staaten in diesen Politiken ein Zeichen einer Übernahme, sogar Internationalisierung des dem Zivilmachtkonzepts zugrunde liegenden Werte durch eine fortlaufende Politik der Sozialisation? Eine sozialkonstruktivistische Perspektive auf Grundlage von Sozialisation und Übersetzung (Annahme 2) lässt durch die größere Erfahrung und Sozialisation indischer Eliten mit europäischen Werten eine höhere Resonanz für europäische Werte erwarten, während der Faktor Kolonialerfahrung (Annahme 3) eine größere Abwehr auf indischer Seite bewirkt haben könnte. Aus realistischer Sicht (Annahme 1) sowie aus Sicht des sozialen Institutionalismus (Annahme 4) lässt sich bei beiden Ländern auf Abwehrprozesse schließen bzw. auf ein instrumentalistisches Verhalten zu beiden Politikfeldern.

Beide Politikfelder wurden ausgewählt, da sie Kernelemente des europäischen Zivilmachtsverständnisses bilden und gezeigt werden soll, ob sich die Annahmen aus einem Politikfeld auf weitere Politikfelder des Zivilmachtkonzeptes generalisieren lassen können.

¹⁴ United Nations, Ranking of Military and Police Contributions, 31 Dezember 2009, http://www.un.org/Depts/dpko/dpko/contributors/2009/dec09_2.pdf